



# ZUKUNFTSINDUSTRIELAND SACHSEN

**Positionspapier der SPD-Fraktion im  
Sächsischen Landtag | 23. März 2023**





## SACHSEN AUF ZUKUNFTSKURS

In Sachsen ändert sich etwas: In der Lausitz wird bis 2030 das größte Produktionszentrum für erneuerbare Energien in Deutschland gebaut. In Zwickau und Leipzig werden inzwischen fast die Hälfte aller deutschen Elektroautos produziert. Und im Erzgebirge entstehen Produktionsanlagen für Brennstoffzellen und mobile Wasserstoffaggregate. Das traditionsreiche Industrieland Sachsen wird zum Land der Zukunftsindustrien.

Diese Veränderung kommt, aber sie kommt nicht von allein. Schon lange unterstützt Sachsens Wirtschaftsministerium innovative Unternehmen und treibt die Entwicklung von Zukunftstechnologien mit zielgenauer Förderung voran. Doch es braucht das Teamspiel aller politisch Verantwortlichen, um Sachsens Vorsprung weiter auszubauen. Wir wollen mehr Tempo machen – für die Wirtschaft und die Beschäftigten in unserem Land. Wir wollen massive Investitionen in den Standort Sachsen bewirken – in die technische und digitale Infrastruktur, in innovative Unternehmen und in die Arbeitsplätze der Zukunft.

Dazu braucht es endlich eine mutige Finanzpolitik. Eine Finanzpolitik, die das Geld der Steuerzahler aktiv nutzt und klug investiert, statt es auf der hohen Kante der inflationsbedingten Entwertung zu überlassen. Wie eine aktive Finanzpolitik aussieht, sehen wir gerade auf der ganzen Welt: Mit dem „Inflation Reduction Act“ haben die USA ein riesiges Programm aufgelegt, das grüne Wirtschaftszweige anlockt und Unternehmen beim Wandel zu einer nachhaltigen Industrie unterstützt. Mit dem Green Industrial Plan arbeitet die EU an ihrem Beitrag dazu, dieselben Voraussetzungen auch in Europa

zu schaffen. Beide Wirtschaftsräume passen ihre Strategien auf die Herausforderungen der Zukunft an; denn nur wer entschlossen reagiert, wird wettbewerbsfähig bleiben. Das muss auch Sachsen tun.

Deshalb streiten wir für eine mutige sächsische Investitionspolitik. Die SPD hat die langfristige Zukunft des Freistaats im Blick. Uns geht es nicht nur um den jährlichen Haushalt oder die fünf Jahre einer Wahlperiode, sondern um die wirtschaftliche und soziale Lage der kommenden Generationen. Unser Ziel ist ein dauerhaft starker Freistaat, in dem man auch künftig gut und zufrieden leben kann. Das erfordert von den Menschen und von Unternehmen den Mut zur wirtschaftlichen Veränderung – und von Politik und Staat, diese Veränderungen mit sozialer Stabilität zu begleiten. Veränderung ist nicht einfach, sie verlangt Einsatz und Risikobereitschaft. Doch in ihr liegt der Schlüssel für Sachsens Zukunft, für hunderttausende neue und vor allem sichere Arbeitsplätze, für die Wertschöpfung und die soziale Stabilität unseres Landes.



## BESTE INFRASTRUKTUR FÜR UNTERNEHMEN UND FACHKRÄFTE

Sachsen wird zum Land der Zukunftsindustrien. Deshalb wollen wir Unternehmen und Fachkräfte aus Deutschland und der ganzen Welt davon überzeugen, bei uns heimisch zu werden. Wer heutzutage noch meint, moderne Unternehmen vor allem mit niedrigen Steuern oder niedrigen Lohnkosten anlocken zu können, ist hoffnungslos veraltet. Stattdessen braucht es heutzutage eine moderne Infrastruktur, langfristige Planungssicherheit, attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen für Fachkräfte und Spitzenleistungen in Bildung und Forschung.

Ganz gleich, ob große Unternehmen oder kleine Betriebe: Sie alle müssen gut erreichbar sein – physisch und virtuell. Es braucht Schienen, Radwege, Straßen und Glasfaser, damit Beschäftigte zur Arbeit kommen, Rohstoffe und Produkte transportiert und Daten blitzschnell übermittelt werden können. Deshalb sind leistungsfähige Infrastrukturen für Mobilität und Datenverkehr unverzichtbar für die Weiterentwicklung des Standortes Sachsen. Besonders in der Reaktivierung und dem Ausbau von Schienenwegen liegen große Potentiale für den klimaverträglichen Verkehr der Zukunft.

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine hat überdies gezeigt, wie wichtig es ist, Abhängigkeiten in der Energieversorgung zu reduzieren. Echte Unabhängigkeit erreichen wir nur mit nachhaltigen Energieträgern. Für viele Unternehmen ist grüner Strom schon seit langem eine unverhandelbare Standortvoraussetzung: Das hat Sachsen zu spüren bekommen, als Intel sich auch deshalb gegen den Standort Dresden und für den Standort Magdeburg entschieden hat. Um gute Arbeitsplätze nach Sachsen zu holen und hier zu halten, wollen wir den Ausbau von Sachsens Erneuerbaren Energien verstärken. Gleichzeitig müssen wir in den kommenden zehn Jahren ein Wasserstoffnetz aufbauen, das auch energieintensiven Unternehmen im ganzen Freistaat – von Leipzig bis zur Lausitz – einen Umstieg auf grüne Produktion ermöglicht.

Immer mehr Unternehmen ringen um immer knapper werdende Fachkräfte. Deshalb setzen wir auf Bildung: Egal ob Schulbildung, Ausbildung, Hochschulbildung oder Weiterbildung – das Ziel ist gute Bildung ein Leben lang. Deshalb haben sich Sachsens Investitionen in Schulhausbau, Universitäten, Volkshochschulen und natürlich das Handwerk vervielfacht, seit die SPD im Freistaat mitregiert. Diesen Weg setzen wir fort.

Wenn aber Fachkräfte nach Sachsen kommen und hier auch bleiben sollen, müssen sie sich hier auch willkommen und alsbald heimisch fühlen. Sie brauchen bezahlbare Wohnungen und Häuser, Krankenhäuser und Gesundheitszentren, und eine starke Zivilgesellschaft aus Vereinen, Initiativen, Parteien und Kultur. All das trägt dazu bei, dass Menschen gut und gerne in Sachsen leben.

Wenn wir uns darauf verlassen würden, dass der Markt das regelt, kämen viele dieser Dinge nie. Deshalb braucht es staatliche Investitionen: Manchmal auf direktem Wege, indem der Staat die Dienstleistungen selbst zur Verfügung stellt, und manchmal auf indirektem, indem er die richtigen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen schafft. Die SPD-Fraktion steht dafür ein, dass der Freistaat die richtigen Entscheidungen trifft für die Industrien und die Arbeitsplätze von morgen.



### **ECHE GENERATIONENGERECHTIGKEIT IN DER FINANZPOLITIK**

Viele dieser Investitionen kosten Geld, das liegt auf der Hand. Sächsische Finanzminister machen aber viel zu oft denselben Fehler: Sie verzichten auf Investitionen, um Geld auf der hohen Kante zu behalten. Doch ein Euro, den man nicht ausgibt, ist noch lange kein Euro, den man spart. Verschlafene Investitionen rächen sich in der Zukunft – das gilt für instandzuhaltendes Hauseigentum genauso wie für eine leistungsfähige Wirtschaft. Wir müssen heute investieren, damit Sachsen zum Zukunftsindustrieland wird und wir auch morgen noch gute Arbeitsplätze haben.

Denn das ist die wahre Bedeutung einer „Investition“. Investieren heißt nicht, Geld in Beton zu stecken. Investieren heißt, heute

Geld auszugeben, um in der Zukunft davon zu profitieren. Nur wer das versteht, kann auch tatsächlich generationengerechte Politik machen. Generationengerechte Politik ist mehr als die schwarze Null. Generationengerechte Politik schafft gute Bildung, ein starkes Miteinander und gute Arbeitsplätze für morgen. Wenn uns das nicht gelingt, bringt unseren Kindern auch ein schuldenfreier Staat nichts.

Deshalb schlägt die SPD-Fraktion vor, einen „Sachsenfonds 2050“ einzurichten: Er soll die Zukunftsinvestitionen ermöglichen, auf die wir nicht verzichten können. Diese Forderung ist heute nicht mehr neu – doch sie ist aktueller denn je. Zukunftsinvestitionen haben ein großes Finanzvolumen. Sie sind langfristig orientiert, schaffen einen langfristigen Nutzen für die Gesellschaft und langfristige Planungssicherheit für Unternehmen. Sie sichern die Daseinsvorsorge und Sachsens Konkurrenzfähigkeit. Aus all diesen Gründen ist eine ausschließliche Finanzierung in regulären Doppelhaushalten – also aus dem laufenden Betrieb – nicht sachgerecht. Jedes vernünftige Unternehmen finanziert solche langfristigen Investitionen entweder aus Reserven oder aus Fremdkapital. Es ist an der Zeit, dass auch der Freistaat Sachsen solche ökonomische Vernunft an den Tag legt.

Dass das geht, macht das Saarland unter seiner sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Anke Rehlinger und ihrem Finanzminister Jakob von Weizsäcker vor. Der saarländische Landtag hat im Dezember 2022 beschlossen, einen „Transformationsfonds“ einzurichten, um Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. Drei Milliarden Euro investiert das Saarland heute in seine Zukunft, um in zwanzig Jahren wirtschaftlich stärker dazustehen als heute. Das Saarland speist seinen Fonds aus Krediten. Das könnte sich auch Sachsen leisten, denn kein Bundesland hat eine niedrigere Pro-Kopf-Verschuldung als der Freistaat. Es gibt zu Krediten aber auch eine

Alternative. Sachsen legt jedes Jahr eine Milliarde Euro in einen Beamtenpensionsfonds – das sind fast 5% des gesamten Landeshaushalts. Mit dem Geld wollen Sachsens Finanzminister in 20 Jahren die Pensionen der heutigen Beamt:innen bezahlen. Aber: Die Inflation frisst das Geld auf, das heute zurückgelegt wird. Bei der aktuellen Zins- und Inflationslage ist die Milliarde, die wir in diesem Jahr in den Fonds legen in 20 Jahren nur noch ein Drittel so viel wert wie heute. Deshalb haben wir vorgeschlagen, die Zuführung in den Fonds befristet auszusetzen oder zu reduzieren, und das Geld stattdessen in das Zukunftsindustrieland Sachsen zu investieren. So entstehen konkrete Sachwerte, von denen unser Land in den kommenden Jahren profitiert.



## **SACHSENFONDS KONKRET**

- » Schnelles Internet ist heute Daseinsfürsorge – und damit auch staatliche Aufgabe. Der Bund unterstützt den Breitbandausbau jedes Jahr mit mehreren Milliarden Euro. Damit die Fördermittel des Bundes auch in Sachsen ankommen, muss der Freistaat sich jedoch an den Kosten beteiligen. Über den Sachsenfonds wollen wir den Breitbandfonds in den nächsten zehn Jahren mit insgesamt mindestens einer Milliarde Euro speisen, damit in jeder Ortschaft schnelles Internet liegt.
- » Wir wollen eine echte Mobilitätsgesellschaft für Sachsen, die den flächendeckenden ÖPNV koordiniert und stärkt. Dazu gehören Reaktivierungen ehemaliger ebenso wie der Ausbau bestehender Strecken. Hierfür soll eine solche Mobilitätsgesellschaft mindestens 600 Millionen Euro aus dem Sachsenfonds einsetzen können.

- » Gute Bildung braucht gute Schulen. Vor allem dort, wo Schüler:innen-Zahlen steigen, fällt es den Kommunen zunehmend schwer, das sicherzustellen. Um den Investitionsstau in sächsischen Schulen zu beheben und die Kommunen zu unterstützen, sollen mindestens 500 Millionen Euro aus dem Fonds in den Schulhausbau fließen.
  
- » Der Privatisierungswahn der Nachwendezeit rächt sich heute, auch in der Gesundheit. Viele private Krankenhäuser kommen heute kaum noch über die Runden. Um auch im ländlichen Raum eine flächendeckende Gesundheitsversorgung zu garantieren, sollen im Sachsenfonds mindestens 600 Millionen Euro für die Restrukturierung der Krankenhauslandschaft und – im Einzelfall – auch die Rekommunalisierung von Krankenhäusern bereitstehen.
  
- » Der Klimawandel beeinflusst Sachsens Wasserversorgung schon heute. Mit mindestens 300 Millionen Euro soll der Sachsenfonds ein landesweites Wassermanagement und weitere Maßnahmen gegen den Klimawandel und seine Folgen finanzieren, und damit den bestehenden sächsischen Klimafonds konsequent weiterentwickeln.
  
- » Mit einer Landesinvestitionsgesellschaft wollen wir den Weg zur klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft beschleunigen. Die Investitionsgesellschaft soll das flexible Instrument des Freistaats werden, um in den schnelleren Ausbau von für die klimaneutrale Wirtschaft entscheidenden Verteilnetzen im Bereich Wasserstoff, Strom, Wärme und Wasser zu investieren. Auch den digitalen Netzausbau und den Aufbau einer bedarfsgerechten Zahl von Wohnungen in Stadt und Land

kann die Landesinvestitionsgesellschaft finanzieren. Des Weiteren wird die Investitionsgesellschaft dem Freistaat leichter ermöglichen, strategisch zu agieren. Dazu gehören Beteiligungen an Start-ups, strategisch wichtigen Unternehmen und die Unterstützung von Anwendungsforschung in Sachsen – mit der Bedingung, dass die geförderten Forschungsergebnisse dann auch als Technologieproduktion in Sachsen bleiben und so hochwertige Arbeitsplätze entstehen. Die Investitionsgesellschaft soll somit als die Zukunftsagentur des Freistaats unser Land voranbringen. Für all dies stehen zunächst mindestens eine Milliarde Euro zur Verfügung. Mit zukünftigen Rückflüssen aus Gebühren und Verkäufen kann der Sachsenfonds mittelfristig gespeist werden.

Insgesamt vier Milliarden Euro wollen wir in den kommenden zehn Jahren so in die Zukunft Sachsens investieren – damit auch die kommenden Generationen hier im Freistaat einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort und eine gute Heimat vorfinden können. Dieses Geld nicht zu investieren, können wir uns nicht leisten.

Um darüber hinaus die Rücklagen des Freistaats gewinnbringend einzusetzen, wollen wir der Landesinvestitionsgesellschaft ermöglichen, das Geld im Beamtenpensionsfonds zu nutzen, um strategische Flächenentwicklung zu betreiben und um eine Sächsische Wohnungsbaugesellschaft aufzubauen. Damit gehen Rendite für den Fonds und günstiger Wohnraum für die Menschen in Sachsen Hand in Hand.



## **PLANUNGSVERFAHREN VEREINFACHEN UND DIGITALISIEREN**

Doch es dreht sich nicht nur ums Geld. Von der Idee zur Umsetzung: Der Weg vieler Investitionen dauert noch viel zu lang, zu viel Zeit geht in Planungs- und Genehmigungsverfahren verloren. Mit den LNG-Terminals macht die Bundesregierung vor, wie es besser gehen kann. Das neue Deutschlandtempo muss zum Standard werden für wichtige Infrastrukturprojekte.

Damit sich Projekte in Zukunft nicht mehr in die Länge ziehen, hat die Ampel-Koalition im Bund unter anderem das Raumordnungsgesetz und die Verwaltungsgerichtsverordnung novelliert. Das Ziel hinter beiden Vorhaben: Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen moderner, digitaler, effizienter und schneller ablaufen. Dafür hinterfragt die Bundesregierung bestehende Prozesse und Strukturen, um sie neu aufzustellen. Gleichzeitig muss aber auch ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen den legitimen Interessen von Anwohner:innen und den übergeordneten Zielen hinter strategischen Infrastrukturprozessen. Ein Beispiel: Bevor ein Windrad errichtet wird, wird ausführlich geprüft – oftmals auch vor Gericht – welchen Einfluss es auf Mensch, Natur und Umwelt hat. Das ist richtig. Es gibt jedoch inzwischen Initiativen, die versuchen, jedes neue Windrad zu verhindern. Die Schlupflöcher müssen geschlossen werden, wenn wir die Umstellung auf grüne Energiequellen schaffen wollen.

Auch in Sachsen wollen wir Hürden abbauen. Dazu gehört es, bürokratische Prozesse und vor allem die Vergabe von Fördermitteln kritisch zu beleuchten. Mit wenigen Einzelmaßnahmen kann Verwaltung, Menschen und Unternehmen viel unnötiger Aufwand erspart werden.

Dafür müssen Prozesse über ein einheitliches Förderportal konsequent digitalisiert werden, von der Antragsstellung bis zur Abrechnung. Vor allem jedoch muss der Staat Vertrauen in die Antragstellenden haben. Das heißt: kluge Bagatellgrenzen, Pauschalen für Personalkosten und Planungskosten und ein echtes Stichprobenverfahren statt Kontrollwahn bis ins kleinste Detail.

Der geltende Landesentwicklungsplan des Freistaates Sachsen ist seit 2013 in Kraft. Mit der Veränderung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Rahmenbedingungen sowie der Raumnutzungsansprüche bedarf es einer aktualisierten, strategischen Anpassung des Landesentwicklungsplanes als Grundlage für die weitere Entwicklung Sachsens. Eine Zeitenwende und ein Deutschlandtempo müssen sich auch in der Landesplanung abbilden.

Reformiert werden muss auch das Denkmalschutzgesetz. Heute ist es nach wie vor schwer möglich, Photovoltaik auf den Dächern denkmalgeschützter Gebäude zu errichten, auch wenn Erleichterungen aktuell geplant sind. Das ist wichtig, denn neue Windkraftanlagen wurden schon gestoppt, weil sie sich in den Sichtachsen von denkmalgeschützten Gebäuden befinden. Damit stellen wir den Schutz von Denkmälern über den Schutz des Klimas. Wir setzen uns für mehr Verhältnismäßigkeit ein, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen und dem überragenden öffentlichen Interesse gerecht zu werden, in dem sie auch auf der Grundlage von EU-Verordnungen und Bundesgesetzen stehen. Auch in den Bereichen Arten- und Naturschutz müssen wir Konflikte minimieren, damit sie nicht gegen einen besseren Klimaschutz ausgespielt werden.



## **GEMEINSAM MIT DEN MENSCHEN VOR ORT**

Am besten gelingen Infrastrukturprojekte, wenn sie mit der Unterstützung der Menschen vor Ort entstehen. Das beginnt schon bei der Verteilung der Mittel. Bei den Mitteln des Bundes für Strukturwandel hat Sachsen hier Fehler gemacht und Akteur:innen in den betroffenen Gebieten verprellt.

Erfolgreicher läuft es beim EU-Projekt LEADER. Dort beraten regionale Vertreterinnen und Vertreter der Politik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, wie sie für ihre Region mit ihren Besonderheiten, ihrer Kultur und mit ihren Stärken gemeinsame Strategien entwickeln und Chancen nutzen. Bei LEADER gibt es keine Vorgaben für konkrete Vorhaben, es wird auf freiwillige Zusammenschlüsse gesetzt, die inhaltliche und finanzielle Verantwortung liegt in den LEADER-Gebieten und durch Budgetierung sind Mittel gleichmäßig lokal verteilt. Nach diesem Vorbild wollen wir Regionalräte in selbstständig arbeitenden Förderregionen. Voraussetzung dafür ist Bürgerbeteiligung mit demokratischen Spielregeln. So entstehen Eigeninitiative, Netzwerke und Zusammenarbeit.

Als SPD-Fraktion werden wir uns dafür einsetzen, Bürgerenergie-Projekte zu stärken. Solche Projekte gibt es deutschlandweit in immer mehr Kommunen: Bürger:innen oder Kommunen beteiligen sich an den Kosten von Erneuerbare Energie-Projekten – sie werden damit zu Mit-Eigentümer:innen und erhalten auch die Profite. Kommunen können Menschen und Unternehmen so mit günstiger Energie versorgen und zusätzliche Haushaltsmittel generieren, um zu attraktiveren Lebens- und Arbeitsorten zu werden; und Menschen begegnen Windkraftträdern und Solaranlagen mit weniger Kritik.

